

»Wir müssen weg von Unterordnung unter den Markt«

Rheinland-Pfalz: Pflegebündnis ruft für Internationalen Frauentag zu »Delegiertendemonstration« auf. Ein Gespräch mit Michael Quetting

In Rheinland-Pfalz ruft das Bündnis »Pflegeaufstand« für den diesjährigen Internationalen Frauentag am 8. März in Mainz zu einer »Delegiertendemonstration« auf. Was hat es damit auf sich?

In der Coronapandemie hat man das viel gerühmte »systemrelevante« Personal bluten lassen. Ganze Berufsgruppen wurden verheizt. Nicht nur unsere Arbeit ist unverzichtbar, sondern auch die Verteidigung unserer Rechte. Das tun wir coronage-recht mit Abstand und Mund-Nasen-Schutz. Deshalb haben wir von jeder Einrichtung, die mitmacht, nur eine Delegierte eingeladen. 55 Kolleginnen und Kollegen kommen um 15 Uhr an den Hauptbahnhof in Mainz. Sie vertreten 43.000 Pflegebeschäftigte aus ganz Rheinland-Pfalz. Wir ziehen mit einer Demonstration durch die Landeshauptstadt zum Rheinufer, wo wir den Vertretern der Landtagsfraktionen unsere Forderungen überreichen.

Wohl auch mit Blick auf den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz. Was sind Ihre Forderungen?

Ja, das auch. Aber wir brauchen und wollen auch eine breite Unterstützung. Wenn wir eine Personalbemessung für die Krankenhäuser und Altenheime durchsetzen wollen, haben wir es mit einer breiten Widerstandsfrente der Arbeitgeber, aber auch der konservativen und sogenannten liberalen Politik zu tun. Wir wollen die Alleinarbeit auf den Stationen abschaffen und fordern deutlich mehr Gehalt. Wie schwierig das ist, zeigt gerade der Rückschlag, den wir durch die Verweigerung von Caritas und Diakonie in unserem Ringen für bessere Mindestlöhne in der Pflege erlitten haben. Und wir wollen das Finanzierungssystem der Krankenhäuser über Fallpauschalen mit den Diagnosis Related Groups, kurz DRG, kippen. Denn es ist Ausdruck der aktuellen Misere im Gesundheitswesen. Dagegen kämpfen wir seit Jahren. Wir müssen weg von der Unterordnung unter den Markt. Das sind die Ziele des Bündnisses.

Glauben Sie, die Parteien werden solche Änderungen einleiten?

So schnell ändern die sich auch nicht. Letztlich geht es darum, so stark zu werden, dass man an unseren Forderungen nicht vorbeikommt. Dies in einem Flächenland

mit in großen Teilen katholischen Unternehmensstrukturen zu erreichen, das ist ein sehr großes Vorhaben. Insbesondere fehlt es in der Fläche an Vernetzungs- und Kampferfahrungen. Wenn man mit uns läuft, dann zeigt das, dass wir schon mal einen Anfang geschafft haben. Aber in der realen Politik ändert sich damit noch lange nichts. Verdi hat an die Landesregierung geschrieben und ganz konkrete Forderungen gestellt. Wir wollen, dass Pflege-, Sozial- und Gesundheitspolitik ein Schwerpunkt künftiger Regierungspolitik wird. Dabei muss man die Regierenden stets nicht an ihren Gesten, sondern an ihrem Handeln messen.

Was ist das Besondere an dem Bündnis?

Es handelt sich um ein Pflegebündnis der Beschäftigten. Erstes Ziel ist die Vernetzung der Kolleginnen und Kollegen an der Basis – unabhängig davon, ob sie in einem Krankenhaus, einer Altenpflegeeinrichtung oder einem ambulanten Betrieb arbeiten. Dazu kommen noch einige Organisationen, so auch Verdi. Bei der Aktion werden zwölf Personen für ihre Organisationen mitlaufen, darunter der Landesleiter von Verdi und zwei Ministerinnen, von der SPD und von den Grünen, aber auch Abgesandte von der Partei Die Linke und der DKP.

Am Mainzer Uniklinikum haben die Beschäftigten Ende 2019 einen Tarifvertrag für mehr Personal und Entlastung erkämpft. Soll das Vorbild für weitere Krankenhäuser sein?

Ja. In der Vereinbarung haben wir genau festgelegt, wie viele Beschäftigte in welchen Schichten auf welchen Stationen und Bereichen vorzuhalten sind. Das ist ein großer Erfolg. Doch um daran anknüpfen zu können, müssen wir stärker werden. Deshalb vernetzen wir uns weiter. Für den 11. September bereiten wir eine Großdemonstration in Mainz vor. Wir wollen mit unseren Themen den Bundestagswahlkampf mitbestimmen.

Mit welcher Botschaft?

Die Lage im Gesundheitswesen ist so verfahren, dass es nicht mehr reicht, mit ein paar Pflastern die Wunden zuzukleben. Es muss operiert werden. Und in diesem Operationssaal müssen Mediziner und Pflegekräfte das Sagen haben, nicht Betriebswirtschaftler. Das ist unsere Schlussfolgerung aus der Pandemie.

Interview: Daniel Behruzi



Michael Quetting ist Pflegebeauftragter der Gewerkschaft Verdi für Rheinland-Pfalz und das Saarland



AP PHOTO

Im Tränengasnebel. In Myanmar sind die Proteste gegen die Militärjunta auch am Donnerstag fortgesetzt worden. Dabei sind Einsatzkräfte erneut gewaltsam gegen Demonstrationen im ganzen Land mit Tränengas und Gummigeschossen wie hier in Yangon vorgegangen, berichteten lokale Medien und Teilnehmende. Es soll auch wieder Verletzte gegeben haben. Über mögliche Todesopfer gab es zunächst keine Informationen. Nach UN-Angaben waren allein am Mittwoch mindestens 38 Menschen ums Leben gekommen, als die Polizei mit scharfer Munition auf Demonstrierende geschossen hatte. (dpa/iW)

Warnungen vor dritter Welle

Kritik an Coronabeschlüssen von Bund und Ländern

Wissenschaftliche Kriterien spielen für die aktuelle Coronapolitik erkennbar nur eine untergeordnete Rolle. Unter anderem der Verband der Intensivmediziner bezeichnete die geplanten Lockerungen der Beschränkungen des öffentlichen Lebens am Donnerstag als verfrüht und warnte vor einem neuen, exponentiellen Anstieg der Infektionszahlen. Bund und Länder hatten sich am Mittwochabend auf einen Öffnungsplan mit fünf Stufen verständigt.

Bereits ab Montag soll demnach mit der Wiederöffnung des Einzelhandels begonnen werden. Das konkrete Ausmaß hängt davon ab, ob die Zahl der Neuinfektionen je 100.000 Einwohner binnen sieben Tagen regional über oder unter 50 liegt. Auch die Kontaktbeschränkungen werden etwas gelockert. Die Öffnungen sollen mit einem

verstärkten Einsatz von Schnelltests flankiert werden. Doch sämtliche Lockerungen stehen unter Vorbehalt. Eine »Notbremse« sieht vor, dass Öffnungsschritte wieder zurückgenommen werden, wenn der Inzidenzwert von 100 an drei aufeinanderfolgenden Tagen überschritten wird.

Diese Grenze sei viel zu hoch angesetzt, kritisierte die Kovorsitzende der Partei Die Linke, Janine Wissler, am Donnerstag in Wiesbaden. Auch seien die einzelnen geplanten Öffnungsschritte weder nachvollziehbar noch kontrollierbar, sagte sie. Sie wiesen in Richtung einer dritten Infektionswelle: Das sei das Ergebnis, wenn bestimmte Interessen schwerer wögen als wissenschaftliche Erkenntnisse. Auch Gernot Marx, Präsident der interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, warnte gegenüber dem *Redak-*

tionsnetzwerk Deutschland vor einem hohen Risiko, dass »wir wieder in ein exponentielles Wachstum geraten«.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Coronaschnelltests will die Bundesregierung privatwirtschaftlich regeln. Nach Herstellerangaben lägen 150 Millionen Schnelltests abrufbar bereit, wie das von Jens Spahn (CDU) geleitete Bundesgesundheitsministerium am Donnerstag mitteilte. Der Bund habe mindestens 800 Millionen Schnelltests über nationale und europäische Rahmenvereinbarungen für dieses Jahr gesichert. Erste Testkits sollen ab nächster Woche in Apotheken, im Einzelhandel und in einigen Discountern zu kaufen sein. Bund und Länder hatten beschlossen, dass jedem ab Montag ein Schnelltest pro Woche auf Kosten des Bundes ermöglicht werden soll. (dpa/AFP/iW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

NACHRICHTEN

IAEA: Resolution gegen Iran zurückgezogen

Wien. Im Streit um das Atomabkommen hat der Iran Gesprächen mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) zugestimmt. Die IAEA werde sich Anfang April mit Vertretern Teherans zunächst auf der Ebene technischer Experten treffen, sagte IAEA-Chef Rafael Grossi am Donnerstag in Wien. Zuvor hatten Berlin, Paris und London eine Iran-kritische Resolution, die sie vor dem Gouverneursrat der Organisation einbringen wollten, auf Eis gelegt. Teherans Außenamtssprecher Said Chatibisadeh begrüßte diese Entscheidung. (dpa/iW)

EU startet Prüfung von russischem Vakzin

Den Haag. Die EU-Arzneimittelbehörde (EMA) beginnt mit der Prüfung einer Zulassung für den russischen Coronaimpfstoff »Sputnik V«. Dies teilte die in Den Haag ansässige Behörde am Donnerstag mit. Als Reaktion kündig-

te der an der Impfstoffentwicklung beteiligte russische Fonds an, bei einer Zulassung von »Sputnik V« könnten ab Juni 50 Millionen Menschen in der EU mit dem Vakzin versorgt werden. In Ungarn wird der vom russischen Gamaleja-Zentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelte Vektorvirenimpfstoff bereits eingesetzt. Auch andere EU-Länder planen dies unabhängig von der EMA-Entscheidung. (AFP/iW)

Stadt Monheim verzockt sich mit Greensill-Bank

Monheim am Rhein. Der Stadt Monheim am Rhein droht wegen der Probleme rund um die Bremer Privatbank Greensill der Verlust von 38 Millionen Euro. Wie die Stadt in Nordrhein-Westfalen am Donnerstag mitteilte, informierte Bürgermeister Daniel Zimmermann, der der Jugendpartei Peto angehört, alle Ratsmitglieder per E-Mail darüber und leitete eine Sonderprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ein. Demnach droht der »komplette Ausfall des angelegten Geldes«. Die Bundesanstalt

für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatte am Mittwoch ein Moratorium über die Greensill Bank verhängt und die Bank damit für den Kundenverkehr geschlossen. (AFP/iW)

■ Siehe Seite 9

Bundestag hebt Immunität von CDU-Politiker auf

Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstag die Immunität des CDU-Abgeordneten Axel Fischer aufgehoben und erteilte damit die Genehmigung für den »Vollzug gerichtlicher Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse«. Es geht offenbar um mögliche Lobbyarbeit Fischers für die Regierung von Aserbaidschan. Der Karlsruher CDU-Politiker wies die Vorwürfe zurück. »Da haben sie was Altes ausgegraben mit Aserbaidschan«, sagte er der *Augsburger Allgemeinen*. Der ehemalige CSU-Staatssekretär Eduard Lintner soll ein Lobbynetzwerk für Aserbaidschan geknüpft und die CDU-Abgeordnete Karin Strenz sich auffällig für die Belange von Staatschef Ilham Abijew eingesetzt haben. (AFP/iW)